

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

6.5.1903 (No. 123)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 6. Mai.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unterlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgesandt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Nr. 123.

1903.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 4. April d. J. gnädigst geruht, den Professor August Heß, zuletzt an der Realschule in Karlsruhe, zurzeit in Mexiko, auf sein untertänigstes Ansuchen auf 23. April d. J. aus dem Staatsdienste zu entlassen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die Reichstagswahlbewegung

Ist nunmehr auch von der nationalliberalen- und der Zentrumspartei mit der Veröffentlichung ihrer Wahlaufsätze offiziell eingeleitet. Wenige Wochen nur trennen uns von dem Wahltage, den die Entscheidung über die zukünftige Zusammensetzung des Deutschen Reichstags bringen soll. Noch nie trat die Notwendigkeit, sich überflüssiger Kandidaturen zu enthalten, so scharf zu Tage, noch nie war der Wunsch, die Kompromißsucht der Stichwahlkampagne zu gunsten einheitlicher Stellungnahme im ersten Wahlgange zu vermeiden, so sehr gerechtfertigt, wie diesmal. Nationale Politik, in weitestem Sinne, nicht Politik der Sonderinteressen muß die Lösung sein, der die Wähler zu folgen haben, wenn sie ihrer vaterländischen Pflicht gemäßen wollen. Die Entscheidung mag jetzt dem Wähler schwerer fallen, als früher. Bervorrener denn je sind heute die Verhältnisse der Parteien, zerklüfteter und widerstreitender denn je sind die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Bevölkerungsschichten und Berufsstände, heftiger als seit lange sind auch die konfessionellen Gegensätze wieder geworden. Der Wähler würde diesem Chaos von Anforderungen ratlos gegenüber stehen, wenn ihm nicht die Vaterlandsliebe als Leitstern diente, um den Weg zur richtigen Entscheidung zu finden. Er wird sich sagen müssen, daß er einen Abgeordneten zu wählen hat, der berufen ist, über die Fragen der nationalen Entwicklung des Reichs mitzureden und mitzubestimmen, der deshalb vor allem ein warmes Herz haben muß für das große deutsche Vaterland. Er wird vor allem sich gegen jene Partei wenden müssen, die den Vorwurf, eine reichsfeindliche zu sein, in vollem Maße verdient, gegen jene Partei, die sich als die Feindin unserer staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen bekämpft, die den regelhaften Gang der Staatsverwaltung hemmen will: gegen die Sozialdemokratie. Insbesondere werden vor ihr die ländlichen Wähler eindringlich gewarnt werden müssen. Der Sozialdemokratie kommt es, um Anhänger zu gewinnen, schon unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht darauf an, Programmpunkte zu verleugnen, in Wahlzeiten gibt sie aber zu diesem Zwecke ihr ganzes Wesen preis, allerdings unter dem Vorbehalte, daß sie es, nachdem sie die Stimmen der Wähler erhalten hat, wieder annimmt. Bekanntlich liegt der Sozialdemokratie viel daran, in bäuerlichen Kreisen Anhänger zu gewinnen. Seit Jahren sinnt sie über Mittel nach, die Bauernschaft zu sich heranzuziehen. Obgleich sie dabei die erdenklichsten Arbeit geleistet hat, ist ihre Mühe immer noch gescheitert. Jetzt vor den Wahlen sucht sie deshalb den Kollektivismus nicht nur zu verstreuen, sondern sogar Lehren zu verbreiten, die direkt gegen das sozialdemokratische Programm verstoßen. In Flugblättern will sie den Bauern einreden, daß sie es eigentlich sei, die erst Eigentum schaffen wolle und daß demgemäß der Bauer, der sein Eigentum behalten und erweitern will, ihr seine Stimme bei den Wahlen geben müsse. Die Sozialdemokratie muß die deutschen Bauern für dumme halten. Das sozialdemokratische Programm hat seine wirtschaftspolitische Grundlage in dem Satze, daß das Eigentum an den Produktionsmitteln Eigentum der Gemeinschaft, daß mithin aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln Kollektivismus werden soll. Zu den Produktionsmitteln gehört aber auch Grund und Boden. Die deutsche Bauernschaft, die dieses Programm wohl kennt, weiß also, daß die Sozialdemokratie ihr den Grund und Boden, auf dem die Vorfahren geessen haben und den die Nachkommen erben sollen, nehmen und sie der Gemeinschaft, das heißt in Wahrheit den sozialdemokratischen Agitatoren geben will. Die deutsche Bauernschaft weiß auch, daß die Sozialdemokratie, lediglich um Stimmen zu fangen, diesen Hauptteil ihres Programms verleugnet. Sie darf also auch dieses Mal den sozialdemokratischen Künsten nicht erliegen, sie muß vielmehr bei der Wahl denjenigen Parteien ihre Stimmen geben, die sie im Besitz ihres Grund und Bodens

nicht bloß gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen äußere Feinde zu schützen gedenken. An dem Tage der Reichstagswahl handelt es sich auch für die deutsche Bauernschaft darum, zu entscheiden, ob die gefährliche Phrase oder der gesunde Menschenverstand den Sieg davon tragen soll. Auf der Seite der Sozialdemokraten hat bisher nichts weiter als die Phrase gestanden, die anderen Parteien haben so viel als nur möglich versucht, der Bauernschaft durch die Ausgestaltung der Gesetzgebung und Verwaltung zu helfen. Die Entscheidung kann bei solcher Sachlage nicht schwer fallen. Es ist die ernsteste Pflicht der bürgerlichen Parteien, auf dem Lande und in den Städten, die Sozialdemokratie als den gemeinsamen zu bekämpfenden Feind zu kennzeichnen. Wir sprechen nicht einer verschwommenen Politik das Wort, wenn wir die bürgerlichen Parteien an diese vornehmste Pflicht gemahnen, denn auch wir wissen und begreifen, daß die zwischen den Anschauungen und Behauptungen der bürgerlichen Parteien obwaltenden Verschiedenheiten nicht so leichthin aus dem Wege geräumt werden können. Man sollte aber hoffen dürfen, daß sich trotz alledem jene Parteien, denen die Wohlfahrt des Ganzen und die Größe des Vaterlandes über allem steht, in dem Willen einigen könnten und müßten, dem weiteren Vorwärtstreiben des erbittertesten Gegners des Bürgerturns, der Sozialdemokratie, wirksame Dämme zu setzen, denn mit dieser Abwehr erfüllen sie einzig und allein ein Gebot nationaler Politik.

Der Wahlauftritt der nationalliberalen Partei

erklärt in seinen wesentlichen Stellen folgendes:
Der sieben geschlossene Reichstag hat Tage tiefer Erniedrigung erlebt, als eine rücksichtslose Minderheit den Versuch unternahm, die Mehrheit zu tyrannisieren, ja die parlamentarische Tätigkeit überhaupt unmöglich zu machen. Es war der Schaulust erbitterter Interessens- und Klassenkämpfe. Er stand von Beginn an unter dem ausschlaggebenden Einfluß des Zentrums. Der Liberalismus hatte nicht die ihm gebührende Geltung. Zwar hat der Reichstag auf verschiedenen Gebieten Bedeutendes geleistet. . . . Alle diese Erfolge hätten aber nicht ohne die entscheidende, opferwillige Mitarbeit der Nationalliberalen Partei erreicht werden können. . . . Mit dem Gefühl ernster Pflichterfüllung tritt die Partei vor die Wähler. An den Wählern ist es jetzt, durch die Ausübung ihres Stimmrechts zu entscheiden, von welchem Geiste die Vertretung des deutschen Volkes während der nächsten Jahre befeelt sein soll. . . . Wirtschaftliche Fragen stehen noch immer im Vordergrund. . . . Die Landwirtschaft kämpft seit langen Jahren schwer gegen andere Länder. Soweit es der Staatsgewalt möglich ist, muß hier ein Zustand geschaffen werden, der unter gerechtem Ausgleich der verschiedenartigen Interessen von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel dem deutschen Erwerbsfleiß lohnende Arbeit ermöglicht. Die Grundlage dazu ist in dem neuen Zolltarife geschaffen. . . . Er gibt der Reichsregierung das notwendige Mittel zum Abschluß neuer uns günstiger langfristiger Handelsverträge. . . . Nicht im Gegensatz zu einander, sondern in Zusammenarbeit mit einander haben die verschiedenen Produktionszweige unseres Volkes ihr Heil zu erblicken. . . . Der gewerbliche Mittelstand ringt seit Jahren um sein Gedeihen. Das Gesetz über die Organisation des Handels hat die geeigneten Wege sowohl der Selbsthilfe, wie der Erziehung und Fortbildung eines tüchtigen Nachwuchses erschlossen. . . . Die gesetzliche Sicherung der Bauforderungen muß durchgehend wirksam entgegengetreten werden. Die Verhältnisse der mittleren und unteren Reichsbeamten erheischen unsere stete Fürsorge. Die gewerblichen und kaufmännischen Privatbeamten stellen bedeutende, wohl erwägenswerte Forderungen. Die Einführung der Kaufmannsgerichte ist eine dringliche Aufgabe des neuen Reichstags. Soweit die Vorsehung dahin geführt hat, Treu und Glauben im Handelsverkehr zu untergraben, ist eine zweckmäßige Reform notwendig. Die im Interesse der Arbeiter in Angriff genommene, von menschenfreundlichem Geiste getragene, vom Auslande beneidete sozialpolitische Gesetzgebung bedarf der weiteren Verbesserung und des inneren Ausbaues, unter Berücksichtigung der praktischen Verhältnisse des Wirtschaftslebens und des ausländischen Wettbewerbes. Die Verschärfung der Witwen- und Waisen- und die Fortführung gemeinsamer Einrichtungen zur Pflege des Friedens zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sind als Ziel festzuhalten. Es ist eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, durch Revision der Militärpensionsgesetze die Lage der Militärinvaliden zu erleichtern und für unsere unterstützungsbedürftigen Kriegsteilnehmer zu sorgen. Vorbedingungen für eine gedeihliche Tätigkeit auf allen Gebieten ist aber die Erhaltung des Friedens und der nötigen Bewegungsfreiheit für deutsche Arbeit, Intelligenz und Unternehmungslust im Weltverkehr mit den übrigen Nationen. Das ist nur möglich durch Erhaltung und Stärkung der deutschen Macht und des deutschen Ansehens. . . . Die Nationalliberale Partei wird auch in Zukunft überall, wo es gilt, antinationale Bestrebungen zu bekämpfen, in erster Linie stehen. Schwer und wichtig sind die Aufgaben, welche der neue Reichstag zu erfüllen hat, und sie entbehren wahrlich nicht des idealen Inhalts: Behauptung und Stärkung der Macht und des Ansehens von Deutschland, in unverbüchlicher Treue zu Kaiser und Reich, Pflege und Weiterbildung unserer freibürgerlichen Einrichtungen und Kulturerbengüter, Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechtes und der Koalitionsfreiheit, Ausgleichung der verschiedenartigen wirt-

schaftlichen Interessen zum Schutze der nationalen Arbeit, einseitige und kraftvolle Betätigung des Staates, in Gesetzgebung und Verwaltung, zu gunsten der wirtschaftlich Schwachen, der minder begüterten Volksklassen. Das sind Gedanken, welche jeden Vaterlandsfreund erfüllen und ihn zwingen müssen, seine ganze Kraft in ihren Dienst zu stellen. Große Gefahren aber bedrohen die in diesem Geiste tätigen Kräfte und verlangen unsere schärfste Abwehr. Die Sozialdemokratie verheißt die Arbeiter; sie läuft Sturm gegen die Grundlagen unserer Kultur, gegen Monarchie, Religion, Familie, Eigentum; sie hat sich durch ihre Tätigkeit im Reichstage als Feind des sozialpolitischen Fortschritts erwiesen. Das Bestreben, die Staatsgewalt, die Schule, Kunst und Wissenschaft, das gesamte Volksleben ultramontanen Machtgelüsten zu unterwerfen, wirkt immer verhängnisvoller. Die verschiedenen Berufsgruppen werden durch Uebertreibung von Sonderinteressen gegen einander aufgewühlt, als seien sie nicht Alle Glieder eines Volkes. Um so dringender ist die Verpflichtung für alle, welche diese Gefahren erkennen und eine ruhige, friedliche Entwicklung auf der Grundlage unserer, in heißen Kämpfen errungenen nationalen und liberalen Güter anstreben, es an sich nicht fehlen zu lassen. . . . Darum gilt es, die Träger aufzurütteln, die Lagen zu begreifen, die beiseite Stehenden zu gewinnen, die Verheerungen aufzuklären, sie alle mit dem festen Entschlusse zu erfüllen, tätig zu sein im Dienste der guten Sache. . . .

Der Wahlauftritt der Zentrumspartei

lautet in seinen Hauptzügen folgendermaßen:
Fest und unerschütterlich steht die Zentrumspartei dem Reichstage da. . . . Auf Grund des von glorreichen Vorgängern im Jahre 1871 entworfenen und in schmerzlichen Stürmen erprobten Programms treten wir mit gleicher Entschiedenheit ein für das Reich wie für die Einzelstaaten, für die Rechte des deutschen Volkes und seiner verschiedenen Stämme wie für die Rechte des Kaisers und der Bundesfürsten. . . . Die von uns seit mehr als einem Jahrzehnte nachdrücklich geforderte bessere Sicherung des Wahlheimnisses ist endlich erreicht. Angriffen auf die Würde des Reichstags, Versuchen einer Lahmlegung seiner geordneten Tätigkeit durch die Mittel der Obstruktion werden wir stets energisch entgegentreten. Die Erfüllung der verfassungsmäßigen Aufgabe des Reichstages, insbesondere die gleichmäßige Mitwirkung aller Stämme und Stände des deutschen Volkes verlangt unbedingt die Gewährung von Anwesenheitsgeltern. Zu den gesetzgeberischen Arbeiten, welche den neuen Reichstag beschäftigen werden, gehört voraussichtlich die Revision des Strafverfahrens; mit Zurecht erwarten wir, daß dieselbe die längst geforderte Ausdehnung der Berufung in Strafsachen bringen wird. Auf dem Gebiete des Strafrechts muß vor allem die Privilegierung des von Vernunft und Moral gleich beurteilten Zweikampfs vermindert werden. Weiße Spartanerk auf allen Gebieten des Reichshaushalts zu üben, erachten wir als unsere strenge Pflicht. Zu Aufwendungen für Heer und Marine darf die Steuerkraft des Volkes nicht weiter in Anspruch genommen werden, als die Sicherheit und Wohlfahrt des Vaterlandes gebieterisch erheischen. Die Bewilligungen für die Kolonien, deren Hauptwert in der Ausbreitung des christlichen Glaubens und der Kultur beruht, haben ihr Maß in einer verständigen Würdigung unserer finanziellen Leistungsfähigkeit gefunden. Die Erleichterung der Militärlast, welche die zweijährige Dienstzeit gebracht hat, ist durch gesetzliche Festlegung sicherzustellen. Die geschichtliche Entwicklung Deutschlands hat zu einem Nebeneinanderbestehen großer christlicher Gemeinschaften geführt. Das Wohl und Gedeihen des gemeinsamen Vaterlandes ist nur denkbar bei friedlichem Zusammenleben der Konfessionen. . . . Daß unserm Toleranzantrage sind wenigstens in einzelnen Bundesstaaten Bestimmungen gefallen, welche dem Geiste religiöser Beuormung und Anduldsamkeit vergangener Jahrhunderte entsprungen, den Grundtendenzen des modernen Staatslebens widersprechen. Dagegen ist es leider noch immer nicht gelungen, die Keite der ungeliebten Kulturkampfgesetzgebung zu beseitigen, ja auch nur eine Bresche zu legen in das gebäufige Ausnahmengesetz gegen die Jesuiten und andere katholische Orden. Der neue Zolltarif ist nach heftigstem Kampfe zu Stande gekommen; wir erwarten von ihm für die Landwirtschaft eine Besserung ihrer bedrängten Lage, für Handel und Industrie die Sicherung ihres einheimischen und auswärtigen Marktes, für Handwerker und Arbeiter lohnendere Beschäftigung. . . . Auf der Grundlage dieses Zolltarifs muß nunmehr durch die neuen Handelsverträge der gesamten deutschen Arbeit, insbesondere in der Landwirtschaft, ein ausreichender Schutz erkämpft werden. . . . Gegenüber den Bestrebungen der Sozialdemokratie und dem Vordringen des Großkapitals erheben wir die Erhaltung und Kräftigung der Mittelstände, namentlich im Handwerk und Gewerbe. . . . Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ist seinerzeit hauptsächlich durch unsere Anregung zu Stande gekommen; den weiteren Ausbau dieses Gesetzes, insbesondere zur Bekämpfung der Auswüchse im Ausverkauf- und Auktionswesen, werden wir uns angelegen sein lassen. Die unter unserer wesentlichen Mitwirkung erreichte Regelung des Wirtenswesens hat sich in ihren wichtigsten Vorschriften bewährt; einer Abänderung derselben, welche dem Wirtensspiel wiederum freieren Lauf geben würde, können wir unter keinen Umständen zustimmen. Die Schaffung kaufmännischer Gerichte mit einem billigen und beschleunigten Verfahren erachten wir als einen erstrebenswerten Fortschritt. Erste Gefahren drohen der gesamten heutigen Wirtschaftsordnung durch die Entwicklung des Kartellwesens. . . . Unsere Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter waren nicht vergeblich. . . . Die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung ist durch unseren Antrag zum Zolltarifgesetz für eine nahe Zukunft gesichert. . . . Auch auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes sind erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen, zuletzt noch das Gesetz zum Schutze der in gewerblichen Betrieben beschäftigten Kinder. . . . Den Versuch einer Beschränkung

des Koalitionsrechts der Arbeiter durch die sogenannte Zucht-
hausvorlage haben wir erfolgreich zurückgewiesen. Dagegen
harrt unser seit Jahren wiederholt eingebrachter Gesetzesentwurf
über die Berufsvereine, welcher die Koalitionsfreiheit sichern
würde, immer noch der Annahme seitens der Verbündeten Re-
gierungen. Nicht minder bedauern wir, daß die von uns des
öfteren geforderten Arbeitskammern noch nicht geschaffen wor-
den sind, obwohl durch die kaiserlichen Februar-Erlasse von 1890
„Einrichtungen zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern
und Arbeitnehmern“ in Aussicht gestellt wurden. Das Zentrum
war nie und darf nie sein die Partei eines einzelnen Berufs-
standes oder einer einzelnen Klasse. Unser Stolz soll bleiben,
eine wahre Volkspartei zu sein, welche alle Stände und Klassen
umfaßt. . . . Die Fortführung der christlichen Sozialreform
duldet keinen Stillstand. . . . Von den verschiedensten Seiten
wird bei der bevorstehenden Wahl der Hauptangriff gegen uns
gerichtet werden. Halten wir uns vor Augen, daß dem Wahl-
recht des Einzelnen eine Wahlpflicht gegenübersteht. Die Er-
haltung des Zentrums ist unbedingt notwendig für die Bewah-
rung der christlichen Grundlage unseres Staatswesens, wie
für die ruhige Fortentwicklung unseres politischen und wirtschaft-
lichen Lebens. Die Erhaltung des Zentrums ist insbesondere
unbedingt notwendig für die Katholiken Deutschlands; nirgends
anders finden ihre berechtigten Interessen genügender Verständ-
nis und tatbereite Vertretung. Keine Stimme darf verloren
gehen, welche für die Sicherung unserer Stellung abgegeben
werden kann. Auch in den Wahlkreisen, in welchen die Zen-
trumswähler eine Minderheit bilden, müssen sie vor allem durch
ihre Abstimmung gegen die Fortdauer des ungerechten Jesuiten-
gesetzes protestieren; kein Kandidat darf eine Zentrumstimme
erhalten, der nicht mindestens so viel Gerechtigkeitssinn besitzt,
daß er sich, wie die hervorragendsten Führer der
konservativen, der nationalliberalen und der freisinnigen Fra-
ktion im Reichstag, für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes
erklärt. . . .

* Die Hauptversammlung des nationalliberalen Ver-
eins zu Berlin nahm hinsichtlich der Teilnahme der
nationalliberalen Wähler folgenden Vorstands-
beschluss einstimmig an: „Um eine Zersplitterung inner-
halb der liberalen Parteien in Berlin zu vermeiden, nimmt
die nationalliberale Partei von der Aufstellung eigener
Kandidaturen in Berlin Abstand und empfiehlt den Par-
teigenossen, bereits im ersten Wahlgang für
die Kandidaten der Freisinnigen Volks-
partei zu stimmen“. Der nationalliberale Verein
zu Marburg erläßt in der Presse eine öffentliche Er-
klärung, daß er, um nicht durch zu große Stimmenzer-
splitterung einem der nationalliberalen Partei „ganz un-
annehmbaren Kandidaten zur Stichwahl zu verhelfen“,
von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten zum Reichs-
tag absehen werde.

Der Kaiser in Rom.

(Telegramme.)

* Rom, 5. Mai. Zu der gestrigen Parade nahmen
um 9 Uhr morgens 18 000 Mann Truppen in drei Linien
Aufstellung. Die glänzenden Waffen und Uniformen
boten im Verein mit den lebhaften Farben und flatternden
Fahnen ein prächtiges Schauspiel. Der Regen der
letzten Tage hat den üblichen tiefgelegenen Erzerzierplatz
in Prati di Castello ungangbar gemacht. Daher wurde
die Truppenparade nach dem großen Leubungsplatz Cento-
celle vor der Porta Maggiore verlegt. Centocelle erfreut
sich einer herrlichen Lage mit dem Hintergrund der statt-
lichen Sabiner- und Albanerberge, den malerischen Ruinen
der Aqua Claudia im Süden der altersgrauen Stadt-
mauer und den Kirchenkuppeln der Stadt im Westen.
Herrlicher Sonnenschein hatte endlich die trübe Bitterung
niedergelassen und Abertausende auf die Via Pränestina,
die einzige Zufahrtsstraße des ausgedehnten Leubungs-
platzes, gelockt. Zu Fuß und Wagen auf improvisierten
Tribünen und schwinghaft vermierten Stühlen erwartete
die Menschenmenge die Parade. Um 10 Uhr erschien
Seine Majestät der Kaiser in der Garde-Kürassieruniform
neben Seiner Majestät dem König, dahinter zwischen
den italienischen Prinzen der Kronprinz und Prinz
Citel Friedrich in der Garduniform. Während der
Parade fuhr Ihre Majestät die Königin vor. Die
Herrschaften wurden bei ihrem Erscheinen und ihrer Ab-
fahrt überaus herzlich begrüßt. Nach dem Abreiten der
Fronten erfolgte der Vorbeimarsch der ein Armeekorps
bildenden Truppen, die Infanterie in Regimentskolonne,
die Veraglieri im üblichen lebhaft beklatschten Marschschritt,
zwei Radfahrerkompagnien in langsamem Tempo, die
Luftschifferabteilung mit dem beängstigend schwan-
kenden Fesselballon im Schritt, die Feldartillerie im Trabe, die
Kavallerie im Galopp.

Nach der Truppenparade empfing Seine Majestät
Kaiser Wilhelm in der Botschaft die Vertreter der
hiesigen deutschen Kolonie. Hierauf fand in der
Botschaft ein Frühstück zu 44 Gedecken statt. Die Tafel
war im Kaiserpalast aufgeschlagen und mit Blumen reich
geschmückt. Der Kaiser saß in der Mitte der langen Tafel
vor dem Thronstuhl, ihm gegenüber der deutsche Bot-
schafter Graf Monts. Rechts vom Kaiser folgten der Mi-
nister des Auswärtigen, Morin, Reichskanzler Graf
Bilow, der Bürgermeister von Rom, Fürst Colonna;
links der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Vaccelli,
Generalfeldmarschall Graf Waldersee, Senator Maloano.
Rechts vom Botschafter Grafen Monts saßen der italienische
Botschafter in Berlin, Graf Lanza und Oberhofmarschall
Graf zu Eulenburg; links folgten General Roger und
Generaladjutant v. Pleffen.

Am dem gestern mittag stattgehabten Empfange von
Mitgliedern der deutschen Kolonie nahmen insge-
samt etwa 30 Herren teil. Der deutsche Botschafter stellte
Seiner Majestät dem Kaiser die Vertreter des archäolo-
gischen Instituts, des Künstlervereins, des Flotten-Vereins
und der deutschen Kolonie vor. Der preussische Ge-
sandte beim päpstlichen Stuhl stellte die Vertreter

des historischen Instituts und einige andere Herren vor.
Der Kaiser unterhielt sich mit den ihm vorgestellten Herren
einige Zeit. Der Kronprinz und Prinz Citel Friedrich
nahmen, abweichend von den bis dahin getroffenen Dis-
positionen, an dem Frühstück in der Botschaft nicht teil,
sondern begaben sich nach den Museen, weil der Kaiser
wünscht, daß die ohnehin kurze Zeit ihres Aufenthalts
möglichst zum Besuch der Museen verwendet wird. Nach
dem Frühstück in der Botschaft hielt der Kaiser Cercle im
Garten der Botschaft und fuhr später beim Präsidenten
des Roten Kreuzes, Grafen Somaglia, und dem Fürsten
Colonna vor. Er nahm sodann den Tee bei Frau von
Chelius ein. Zum Tee waren geladen die Mitglieder der
deutschen Botschaft sowie die Mitglieder der preussischen
und bayerischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl mit
ihren Damen. Von dort begab sich der Kaiser nach dem
Forum Romanum, wo er mit Seiner Majestät dem
König Victor Emanuel zusammentraf.

* Rom, 5. Mai. Seine Majestät der Kaiser wurde
auf dem Forum, wo er gestern um 5/4 Uhr nachmittags
anlangte, von Seiner Majestät dem König, dem Unter-
richtsminister und dem Direktor der Ausgrabungen,
Boni, empfangen. Letzterer gab verschiedene Erläute-
rungen. Der Kaiser, welcher dieselben mit lebhaftem In-
teresse verfolgte, besichtigte die Hauptpunkte, darunter die
via sacra, die ara pacis, die Basilika Nezzilia und andere.
In der Umgebung des Forums hatte sich eine große
Menschenmenge eingefunden, welche die Monarchen mit
unaufhörlichen Hochrufen begrüßte. Nach einer Stunde
verließen der Kaiser und der König das Forum und be-
sichtigten die Arbeiten zu dem Nationaldenkmal
für König Victor Emanuel II. Hier wurden die
Monarchen von dem Minister der öffentlichen Arbeiten,
dem Unterstaatssekretär Nicolini, und dem Schöpfer des
Denkmals, Sacconi, empfangen. Der Kaiser äußerte sich
in bewundernden Worten über das große Werk. In den
Bauhütten am Denkmal waren Anschläge angebracht,
in denen es heißt: „Die am Denkmal Victor Emanuels II.
beschäftigten Arbeiter begrüßen ehrerbietig Kaiser Wil-
helm, den Freund Italiens, des Hauses Savoyen und der
Kunst“. Kurz nach 7 Uhr trafen der Kaiser und der König
wieder im Quirinal ein, auf dem ganzen Weg von
der Bevölkerung lebhaft begrüßt. Abends fand im Qui-
rinal ein Gastmahl zu 109 Gedecken statt. Der Kaiser
saß zwischen dem Königspaar.

* Rom, 5. Mai. Kurz nach 9 Uhr heute vormittag sind
die Majestäten, der Kaiser und der König von
Italien mit den deutschen Prinzen, den Herzögen von
Aosta, Genua und dem Herzog der Abruzzen, sowie dem
Grafen von Turin nach Monte Cassino zum Besuch
der dortigen Abtei abgereist. Die Ankunft dafelbst er-
folgte kurz vor 12 Uhr. Zum Empfange waren erschienen
der Unterrichtsminister und die Spitzen der Behörden.
Eine zahlreiche Menschenmenge bereitete den Monarchen
begeisterte Ovationen.

* Rom, 5. Mai. Seine Majestät der Kaiser empfing heute
vor der militärischen Galatafel die Chef der hiesigen Bot-
schaften und Gesandtschaften. Der Kaiser verlieh eine große
Reihe Ordensauszeichnungen. Es erhielten u. a. den Schwarzen
Alerorden Prinz Ludwig und der Herzog der Abruzzen, das
Großkreuz des Roten Alerorden der Minister des Aeußern,
Morin, und der Kriegsminister, Ottolenghi.

* Rom, 5. Mai. Vor der gestrigen Galatafel empfing Seine
Majestät König Victor Emanuel den Reichskanzler
Grafen Bilow in besonderer Audienz.

* Rom, 5. Mai. Reichskanzler Graf Bilow kon-
ferierte gestern mit dem Ministerpräsidenten Zanar-
delli und hierauf mit dem Minister des Aeußern, Mo-
rin. Auch dem Kardinalstaatssekretär Rampolla
stattete der Reichskanzler einen längeren Besuch ab.

* Rom, 4. Mai. Seine Majestät der König verlieh dem
deutschen Botschafter und dem Vizeadmiral v. Senden-
Bibran das Großkreuz des St. Mauritius- und Lazarus-
Ordens. Das Kommandeurkreuz desselben Ordens erhielt
Legationsrat v. Jagow, das Offizierkreuz Legationssekretär
v. d. Vanden-Waenit und das Kommandeurkreuz des
Ordens der italienischen Krone der Marinetaathee Koch.

* Rom, 4. Mai. In einer Botsprechung des Besuchs des
Kaisers beim Papst sagt „Popolo Romano“, der Papst
würde in seinem Lande der Welt größte Sicherheit
und vollständige Freiheit genießen können, als in Italien. Der
Besuch des Kaisers sei der beste Beweis für die Möglichkeit des
Reibensinanderbestehens von Staat und Kirche im italienischen
Rom.

* Rom, 4. Mai. Deputiertenkammer. Der
Präsident führt zu Beginn der Sitzung aus: Die Kammer
wird Kenntnis haben von den gestern zwischen Ihren
Majestäten Kaiser Wilhelm und dem König
Victor Emanuel ausgetauschten Trinksprüchen
und wird sich den in denselben ausgesprochenen herzlichen
Gefühlen anschließen. Ich erachte es indessen als eine
teure Pflicht, dem Hause davon Kenntnis zu geben, daß
ich die Ehre gehabt habe, vom König dem Kaiser vor-
gestellt zu werden und daß ich Seiner Majestät die ehr-
fürchtvolle Huldigung der Nation überbrachte und ihm
die lebhafteste Genugung der Nation dafür ausgesprochen
habe, daß er zum dritten Male Italien einen Besuch ab-
gestattet hat. (Beifall.) Der Kaiser gab mir den an-
genehmen Auftrag, der Kammer für die von mir in ihrem
Namen ausgesprochenen Gefühle zu danken. Zudem ich
Seiner Majestät hierfür meinen Dank aussprach, habe ich
mich für verpflichtet gehalten, dem Kaiser die ehrerbietig-
sten Glück- und Segenswünsche für die deutsche Nation zu
übermitteln. (Lebhafter Beifall.) Der Präsident sprach
stehend; die Kammer hörte gleichfalls die Ansprache stehend
an.

* Rom, 4. Mai. „Capitale“ schreibt: Man übertriebt nicht,
wenn man behauptet, daß Rom den Deutschen Kaiser und die

kaiserlichen Prinzen mit wahrer, unverfälschter
Begeisterung empfangen hat. Rom liebt den Kaiser, weil
es weiß, daß er ein aufrichtiger und loyaler Freund des Hauses
Savoyen und Italiens ist. Mit Vergnügen haben wir die ju-
gendlichen Söhne unter uns. Man hat es hier mit mehr als mit
einer konventionellen oder vorbereiteten Kundgebung zu tun,
mit Begeisterung, die aus tiefen, echten Gefühlen hervorgeht.
Wo der kaiserliche Zug vorbeikommt, grüßt ihn das Volk mit
lautem Beifall und in den Kundgebungen liegt etwas Offenes
und sehr Herzliches. Dieser Besuch des Kaisers be-
festigt wirklich die Bande zwischen Italien
und Deutschland. Es ist unmöglich, daß der Kaiser nicht
bemerkte, wie aufrichtig er in Rom geliebt und geschätzt wird,
und daß sein so vornehmer Charakter nicht den Wunsch emp-
findet, soviel Jümeigung mit gleicher Jümeigung zu vergelten.
Es lebe Italien, es lebe Deutschland!

* Berlin, 4. Mai. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“
schreibt zum Kaiserbesuch in Rom: Die Bevölkerung
Roms bewies durch ihre begeisterten Huldigungen abermals,
daß nicht Rückfälligkeit konventioneller Höflichkeit ihre Gefühls-
äußerungen bestimmen, wenn es gilt, dem deutschen Kaiser auf
dem althistorischen Boden des Capitols den Willkommengruß
darzubieten. Unter der weisen Leitung seiner Herrscher hat
Italien steten Aufschwung genommen. Nachdem das italieni-
sche Volk sich aus der Zersplitterung zur Einheit emporgewor-
gen, stellte es sich den Kampf gegen die, seine Entwicklung hemmen-
den Nachwirkungen der abgeschlossenen schweren Zeiten zur
Aufgabe, und wir sehen es Schritt für Schritt aufwärts steigen
auf der Bahn der Civilisation und des wirtschaftlichen Gedeihens.
Nirgends können außerhalb Italiens die Erfolge dieses
Strebens aufdringlicher begrüßt werden, als in Deutschland, des-
sen Sympathien für Italien nicht auf der Erzeugung niedrigerer
Interessen beruhen, sondern seit Jahrhunderten gepflegte
innige Beziehungen zum Geistesleben des hochbegabten Volkes
jenseits der Alpen aus Untergrund haben. Das italienische
Volk darf sich glücklich schätzen, in dieser Zeit rascher Entwic-
klungen an der Spitze einen Herrscher zu haben, der, durch hohe
Gaben des Geistes und Charakters ausgezeichnet, seinen Ehr-
geiz darin setzt, dem Volke ein Führer und Bahnbrecher zu sein
für eine große glückliche Zukunft. Möge auch auf dem ferneren
Lebenswege dem König der berühmte Wahlspruch Savoyens
voranleuchten, und mit dem Monarchen das Volk empor-
streben zu stets wachsender Geltung im Reiche der Macht, des
Ansehens und der Civilisation.

19. Generalversammlung des Verbandes der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften.

Karlsruhe, 5. Mai.

Verbandsdirektor Oekonomierat Schmidt eröffnet kurz nach
10 Uhr im kleinen Festsaal den 19. Verbandstag und be-
grüßt die Vertreter der Regierung. Seine Erziehung den Mi-
nister des Innern Dr. Schenkel, Geh. Oberregierungsrat
Dr. Krens und die aus allen Teilen des Landes erschienenen
Vertreter der Genossenschaften. Es sind 180 Vereine mit etwa
400 Kreditgenossenschaftler vertreten.
Seine Erziehung der Minister des Innern Dr. Schenkel
hielt hierauf folgende Ansprache:

„Hochgeehrte Herren! Es ist etwa 30 Jahre her, daß in un-
serem Lande zuerst landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften er-
richtet wurden, Genossenschaften, die speziell dem Kreditbedürfnis
des Landwirts zu dienen hatten und die örtlich in einer Gemeinde
organisiert worden sind. 10 Jahre hat es gedauert, bis diese Kre-
ditgenossenschaften das Bedürfnis erkannten, sich zusammen zu
schließen zu einem Verband. Vor zwanzig Jahren war die
Geburtsstunde dieses Verbandes, dem sich dreißig Vereine an-
schlossen. Was damals ein kräftiger Schößling war, ist heute
herangewachsen zu einem großen Baum, der reiche Früchte trägt
und in dessen Schatten mehrere hundert Genossenschaften ein
gedeihliches Leben führen. Die Errichtung des Verbandes war
von großer wirtschaftlicher Bedeutung für unsere Landwirtschaft.
Wer an das Ende der 70er Jahre zurückdenkt, der könne sich
erinnern, wie groß der Kreditschaden gewesen, den der teure
und oft gar nicht vorhandene Kredit und das sich anschließende
Wuchertum hervorgerufen habe. Jetzt sei es möglich geworden,
daß jeder tüchtige Landwirt einen feinen Verhältnis ent-
sprechenden billigen Kredit erhalten kann, so daß das Unkraut
des Wuchertums fast vollständig verschwunden ist. Die Grün-
dung des Verbandes sei aber nicht nur als ein großer wirt-
schaftlicher Erfolg zu bezeichnen, dieselbe bedeute auch einen
großen idealen Erfolg, denn durch den genossenschaftlichen
Geist, der auch bei dieser Einrichtung gewaltet habe, seien
viele Mängel unserer Landwirtschaft beseitigt wor-
den. Das Wachsen und Aufblühen dieser Kreditgenossenschaften
sei nur dadurch möglich geworden, daß in einer großen
Anzahl von Gemeinden sich tüchtige Männer gefunden haben,
welche das Bedürfnis nach einer solchen Genossenschaft erkannt
und ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellten, diese Kassen
unter eigener Verantwortlichkeit zu leiten. Man habe früher
oft gemeint, die Landwirtschaft sei nur schwer genossenschaftlich
zu organisieren, aber die Zeiten der Not hätten gelehrt, sich
zusammenzutun und dazu geführt, daß diese Kreditgenossen-
schaften sich zu einem Verbande vereinigten; der Verband sei so
ein Wert der Genossenschaften und zugleich der Erzieher und
Bater neuer Genossenschaften. Er sei es, der durch seine Organe
der beständige Mahner, Erzieher und Belehrer geworden ist, er
sei es auch gewesen, der mit der Rheinischen Hypothekbank
die nötige Geldausgleichsstelle geschaffen hat. Dem gegenüber
sei wohl das, was die Regierung für diese Organisation getan hat,
immerhin das Geringere. Wohl habe die Regierung auf diesem
Gebiet mancherlei Anregung gegeben, sie sei fördernd den ein-
zelnen Genossenschaften wie dem Verband zur Seite gestanden,
namentlich hätten die Landwirtschaftslehrer einen großen An-
teil daran, daß so viele Genossenschaften gegründet wurden
und daß tüchtige Leiter in den einzelnen Gemeinden gefunden
worden seien, die das Rechnungswesen gut in Stand gehalten.
Die Regierung trage ferner zu den Revisions- und Grün-
dungskosten nicht unerhebliche Beträge bei und habe endlich,
und das sei wohl das größte Verdienst derselben, dazu beige-
tragen, daß die Geldausgleichsstelle geschaffen und eine Mil-
lion Mark aus der Amortisationskasse zu einem billigen Zins-
fuß zur Verfügung gestellt worden sei. Der genossen-
schaftliche Geist sei kräftig geworden und in diesem Sinne, daß
dieser genossenschaftliche Geist immer stärker werde und sich
noch immer mehr ausbreite unter dem Beispiel, das der ge-
nossenschaftliche Verband gegeben, begrüße er die Anwesenden

und wünsche den Verhandlungen einen erfolgreichen Verlauf und dem Verband ein segensvolles Gedeihen". (Lebhafter Beifall.)

Verbandsdirektor Wunz erstattet sodann den Jahresbericht, dem zu entnehmen, daß Ende 1901 dem Verband 203 Vereine mit 36 830 Mitgliedern angehörten, zu denen im Jahre 1902 17 weitere Vereine mit etwa 1000 Mitgliedern hinzugekommen sind. Auch in diesem Jahre sei der Zugang neu gegründeter Vereine ein noch lebhafterer geworden und hätten sich innerhalb vier Monaten 24 Vereine mit etwa 1200 Mitgliedern angemeldet. Bei 256 Vereinen seien im abgelaufenen Jahre örtliche Revisionen vorgenommen worden mit einem Kostenaufwand von über 10 000 M., zu denen das Ministerium des Innern 6500 M. beigetragen habe. Die Einnahmen belaufen sich auf 29 659 936 M., die Ausgaben auf 28 778 485 M., so daß sich der Gesamtumsatz auf 58 438 421 M. beläuft gegen 52 837 190 M. im Jahre 1901. Der Gesamtgewinn beträgt 521 988 M., der Reservefond 1 422 780 M., die Geschäftsanteile 2 704 440 M. Der höchste Reingewinn eines Vereins beläuft sich auf 11 259 M. Der Verkehr mit der Rheinischen Hypothekendarlehenbank als Ausgleichsstelle des Verbandes habe sich anstandslos vollzogen und verdiene die Direktion derselben für das bereit Entgegenkommen volle Anerkennung. Das abgelaufene Jahr sei für die Landwirtschaft im großen und ganzen nicht ungünstig gewesen, dennoch sei ein über die Einlagen hinausgehender Kredit bis zu 1 200 000 M. in Anspruch genommen worden. Es sei deshalb auch etwas mehr Zurückhaltung bei Bewilligung von Darlehen zu empfehlen; auch die Erwerbung von Gütern durch die Vereine habe nur dann eine Berechtigung, wenn hierzu genügend eigene Mittel vorhanden seien; hierfür Bankkredit in Anspruch zu nehmen, sei nicht anständig. Die Regierung habe den Verband auch im abgelaufenen Geschäftsjahr mit ganz erheblichen Geldbeiträgen unterstützt, dadurch sei es möglich gewesen, nicht nur die Kosten der Revision für die Vereine weniger spürbar zu machen, sondern auch 17 neu gegründeten Vereinen Beihilfen zur Bestreitung der Einrichtungskosten zu bewilligen. Von gewisser Seite werde neuerdings ein Druck ausgeübt, Vereine zu gründen, wo kein Bedürfnis und wenig Interesse für solche vorhanden; vor solchen Gründungen sei aber zu warnen, wie vor der Ausdehnung der Vereinsstätigkeit über die Ortsgrenze hinaus, wodurch vor allem die Kontrolle not leide. Nachdem ferner ganz allgemein der Zinsfuß herabgesetzt worden sei, sollten auch solche Vereine, welche noch mehr als 3/4 bis 3/2 Proz. für Einlagen bezahlten, daran denken, auch ihrerseits den Zinsfuß zu erniedrigen. Nicht ein Augenblick könne die Vereine leiten, denn dieselben sollten nichts anderes sein, als eine sichere Stütze für die Erparnisse der Kapitalträger und eine billige Geldquelle für Darlehenssuchende. Mit der Oberrheinischen Versicherungsgesellschaft in Mannheim ist seitens des Verbandes ein Vertrag abgeschlossen, wonach die Mitglieder der Genossenschaften gegen die Folgen der geschäftlichen Haftpflicht versichert können. Der Geschäftsbericht schließt mit dem Wunsche, daß auch die fernere Arbeit getragen sein möge vom genossenschaftlichen Geist, von echter Nächstenliebe und von dem Gefühle, daß nur Eintracht stark mache, dann werde auch die Zukunft der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften eine gesicherte sein.

In denselben schloß sich eine lebhafte Debatte der Belehrung und Aussprache. Nachdem noch das Versicherungswesen, soweit solches die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften und ihre Beamten betrifft, besprochen, werden die Rechnungen pro 1902 verabschiedet und die Sitzung nach halb 1 Uhr geschlossen.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 5. Mai.

Nachgenannte Kandidaten haben die in diesem Jahre abgehaltene Werkmeisterprüfung für den bahnen- und tiefbautechnischen Dienst ordnungsmäßig bestanden und hierdurch gemäß § 8 der landesherrlichen Verordnung vom 4. September 1895 das Prädikat „Werkmeister“ erlangt:

Gustav Adolf Vansbach von Oberseffens,
Otto Fritz von Bühl,
Wilhelm Heinrich Alt von Rosbach,
Franz Johann Stapp von Lauda,
Jakob Franz Scheidele von Frankenthal,
Augustin Heil von Neudorf,
Paul Wilhelm Wegel von Schönau i. W.,
Karl Heinrich Bernhard von Lautenbach,
Leopold Klumpp von Bruchsal,
Heinrich Bauer von Mannheim,
Wilhelm Brand von Bödingen.

(Bürgerausschussprüfung.) In der Samstag Nachmittagsung wurde nach dreitägiger Beratung der gesamte Gemeindevoranschlag für 1903 und die vom Stadtrat beantragte Umlage einstimmig angenommen. Und zwar beträgt die Umlage auf 100 M. Grund-, Häuser- und Geschäftsteuerkapitalien 51,5 Pf., Gewerbesteuerkapitalien 51,5 Pf., Einkommensteueransätze 154,5 Pf. und Kapitalrentensteuerkapitalien 8,5 Pf. Nach Erledigung des Etats wurde der Antrag auf nachträgliche Genehmigung von Kreditüberschreitungen und der Antrag auf Offenhaltung von Kreditdebiten einstimmig angenommen. Zum Schluß erklärte sich der Bürgerausschuss mit der Verabschiedung der städtischen Rechnungen von 1900 einverstanden.

(Die „Elf Scharfrichter“) über deren Entstehung und Wesen wir in einer Vortragsreihe berichtet haben, stellten sich gestern im Museumssaal vor ausverkauftem Hause dem hiesigen Publikum vor. Es sind scharfe Beobachter des Lebens, diese Wanderer Künstler, die ihr überdrehtes Cabaret durch ihre vielfeitigen Können, über alle die Fährlichkeiten hinaus, an denen so viele ähnlich gezerrte Unternehmungen zu Grunde gingen, lebenskräftig erhalten haben. Kunst und Witze, Komik und Tragik, gekündete Satire und tröstendes Mitleid wissen sie im Ganzen in ihren Vorträgen stillvoll zu vereinigen. Einzelne zu weitgehende Vorzüge ins Gebiet des Piquanten, einzelne stiel aufgetragene Derbheiten in der Satire werden viele dagegen nur unter Protest mit in den Kauf nehmen. Herr Herr, der arbeitsfähige Leiter, macht einen angenehmen plaudernden Konferenzier, nicht ohne mit feinem gebrochenen Deutsch, das er als Franzose spricht, ein wenig zu kollektieren. Als Sänger französischer, zumeist selbstverfasster Chansons ist er ein Meister seiner Kunst. Herr Greiner (Scharfrichter Dionysius Tod) zeigt sich besonders in Gumpenbergs Parodie auf deutsche Dichter über das Thema „Fischerin du kleine“, in Vortrags und Wienenspiel als grandioser Regitationskünstler. Scharfrichter Frigidus Strang sang mit angenehmer Stimme und viel Freiheit in der Stimmungswiedergabe Villencröns „Auz ist der Frühling“ (komponiert von Scharfrichter Auch) und andere ganz geistvolle Lieder. In dem von Strang, Dorbe und Wulms vortragenen „Hochzeitsmusikanten“ kam wieder eine derbe Komik wirkungsvoll zur Geltung. Martha Delvaz ist in ihren scharfen u. sinnigen, graziös kollektierten Lieber-

vorträgen eine deutsche Poette. Auch die übrigen gefanglichen Darbietungen, unter denen wir noch ein bayerisches Bagabundenduet besonders hervorheben, waren durch glänzende Vortragskunst ausgezeichnet. Mit den beiden Einaktern, die zu Beginn und zum Schluß der Vorstellung gegeben wurden, konnten wir uns weniger befreunden. Das Exepetodrama „Die Verlobung“ von Gumpenberg soll eine Satire auf übertriebene Prüderie in der Sprechweise sein u. bewegt sich in den geschicktesten Umschreibungen für die harmlosesten Ausdrücke, das wirkt stellenweise komisch, langweilt aber durch die zu häufige Wiederholung der an sich nicht besonders geistreichen Wendungen (z. B. für Brust, Konvexer Vorbau der Seele u. s. w.). Der zweite Einakter „Die Verschönerungskommission“ von Paul Schleginger beschäftigt sich mit einem wenig ästhetischen Sujet und übertrifft in der Satire. Dank der vortrefflichen Darstellung wurde aber doch viel gelacht. Die „Elf Scharfrichter“ haben bei ihrer Vielseitigkeit gestern wohl jedem etwas nach seinem Geschmack geboten; sie fanden vielen Beifall und dürfen auch für heute abend zu ihrem zweiten Gastspiel auf ein zahlreiches und dankbares Publikum rechnen.

C.-B.f.M.u.H. (Schneebeobachtungen.) Die milde Witterung der verfloffenen Woche hat den auf den Bergen liegenden Schnee stark zusammenschmelzen lassen. Am Morgen des 2. Mai (Samstag) sind noch beim Feldberger Hof 40 und in St. Margen 10 Centimeter gelegen; alle übrigen Beobachtungsstellen sind schneefrei gewesen.

König Eduard.

(Telegramme.)

Paris, 4. Mai. Um 11 Uhr vormittags holte Präsident Loubet Seine Majestät König Eduard in der englischen Botschaft ab, um ihn zum Bahnhof zu begleiten. Auf dem ganzen Wege von der britischen Botschaft bis zum Invalidenbahnhof, von wo aus die Abreise des Königs erfolgte, bildeten Truppen Spalier. Nach der Ankunft auf dem reich geschmückten Bahnhofe begrüßte der König die dort Erschienenen und schritt dann die Front der Ehrenkompagnie ab, welche unter den Klängen der englischen Nationalhymne präsentierte. Der König bestieg dann, nachdem er sich von dem Präsidenten Loubet und den übrigen Erschienenen verabschiedet hatte, den Wagen, worauf der Zug sich alsbald in Bewegung setzte. Loubet verlor mit Jubel nach dem Abschied zurück. Bei der Verabschiedung äußerte König Eduard zu Loubet in herzlichsten Worten, daß er von seinem Aufenthalt in Paris sehr entzückt sei und sprach nochmals seinen Dank für den ihm bereiteten Empfang aus, den er stets in bestem Andenken behalten werde.

Cherbourg, 5. Mai. Bei der gestern abend erfolgten Ankunft hier selbst wurde Seine Majestät König Eduard von dem Gouverneur mit einer Ansprache begrüßt. In Erwiderung auf diese äußerte der König seine Freude, wieder nach Cherbourg gekommen zu sein, das mit Erinnerungen an seine innig geliebte Mutter verknüpft sei. In dem Augenblick, wo er Frankreich verlasse, wäre er glücklich über den schmeichelhaften Empfang, den man ihm bereitet habe.

Cherbourg, 5. Mai. Seine Majestät König Eduard richtete an den Präsidenten Loubet eine Dankdepesche für den freundlichen Empfang, der ihm eine unaussprechliche Erinnerung bilden werde. Am Abend gab der König an Bord seiner Yacht ein Diner, zu dem u. a. der Kommandeur des Nordgeschwaders, Admiral Courthille und Admiral Jounier geladen waren. Jounier brachte einen Trinkspruch auf den König und die königliche Familie, sowie die englische Flotte aus, das kostbarste Kleinod der englischen Krone. Der König dankte mit einem Toast auf die französische Marine.

Portsmouth, 5. Mai. Die englische Yacht mit Seiner Majestät König Eduard an Bord ist mittags hier eingetroffen.

Die Durchführung des Kongregationsgesetzes.

(Telegramme.)

Paris, 4. Mai. Infolge der Schritte, die mehrere Senatoren, Deputierte und Generalräte des Departements Hautes Pyrenées getan haben, versprach Ministerpräsident Combes die Basilika in Lourdes jetzt nicht schließen zu lassen, damit die wirtschaftlichen Interessen des Bezirkes nicht geschädigt würden.

Nantes, 4. Mai. Das Zuchtpolizeigericht verurteilte sieben Prämonstratenser, welche sich geweigert hatten, dem Ausweisungsbefehl Folge zu leisten, zu je 50 Francs Geldbuße. Den Angeklagten wurden vor dem Betreten und nach dem Verlassen des Gerichts von einem Teil der Bevölkerung zustimmende Rindgebungen gebracht, während andere sie mit Büschen empfingen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Zur macedonischen Frage.

(Telegramme.)

Berlin, 4. Mai. Das deutsche Kriegsschiff „Loreley“ ist am 3. Mai von Alexandrien nach Saloniki gegangen.

Wien, 5. Mai. Gegenüber den irrigen Auslegungen, welche das Erscheinen der österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe in Saloniki erfahren konnte, wird der „Politischen Korrespondenz“ von maßgebender Seite mitgeteilt, daß die Maßregel hauptsächlich bezweckt, den österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen Schutz und nötigenfalls Zuflucht zu bieten. Zu diesem Schritte trug auch die Rücksichtnahme auf die beträchtlichen Handelsinteressen Oesterreich-Ungarns in Saloniki bei. Jede politische Bedeutung der Maßregel wäre vollständig falsch. Der Besuch der österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe in Saloniki war übrigens schon seit langer Zeit beschlossen. Durch die gleichen Motive wie Oesterreich-Un-

garn wurde offenbar auch Italien und die anderen Staaten zu einer derartigen Vorkehrung veranlaßt.

Konstantinopel, 4. Mai. Am 3. Mai wurde ein neuer Anschlag auf die türkische Post in Saloniki verübt. Der Täter wurde getötet. — In diplomatischen Kreisen herrscht Erbitterung über die anarchistische Tätigkeit der Komitees. Gleichzeitig glaubt man aber, daß durch verschärfte, umfassende Maßregeln weitere größere Vorfälle in Saloniki nicht zu befürchten seien, wenn auch einzelne Verurtheilungen vorkommen sollten. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sei gesichert.

Pera, 5. Mai. In Saloniki liegen vor Anker drei österreichische, drei italienische und ein französisches Kriegsschiff. Der deutsche Stationär „Loreley“ trifft am 6. Mai ein. Der letzte Tag ist ruhig verlaufen, doch besteht die Befürchtung weiterer Attentate fort.

Konstantinopel, 4. Mai. Infolge der Vorfälle in Saloniki ist die Ueberwachung der Bahnhöfe abnorm verstärkt worden. Die Ueberwachung der Orientbahn bis zur Stadtmauer erfolgt durch Polizei und Gendarmerie. — Ein verwundeter Italiener ist gestorben.

Konstantinopel, 5. Mai. Das Gerücht über hier geplante Anschläge hat bisher keine Bestätigung gefunden. Trotzdem wurden die Vorsichtsmaßregeln von den türkischen Behörden noch verschärft. Eine neuere aus Pristina eingetroffene Nachricht erklärt, entgegen den türkischen Angaben, die Meldung, daß die Albanesen in Luma und Juel die Reformen angenommen hätten, für unbegründet. Die Nachricht bedarf seiner Bestätigung. Auch das Gerücht, im Vilayet Uesküb sei ein türkischer General ermordet worden, hat noch keine Bestätigung gefunden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Dresden, 5. Mai. Seine Majestät König Georg stiftete anlässlich seiner Rückkehr nach Dresden 10 000 Mark für die Armen.

Stuttgart, 4. Mai. Der König von Sachsen verlieh dem württembergischen Ministerpräsidenten, v. Breiting, das Großkreuz des Albrechtsordens mit dem goldenen Stern, dem Kriegsminister, v. Schürren, das Großkreuz des Albrechtsordens, dem Minister des Aeußern, Frhrn. v. Soden, den Stern zum Großkreuz des Albrechtsordens.

Frankfurt a. M., 4. Mai. Die heute im Palmengarten aus allen Teilen Deutschlands versammelten Besitzer von Schriftgießereien und Messinglinienfabriken beschlossen einstimmig die Eingabe einer Petition an die Reichsregierung, in welcher sie die feste Zuerkennung aussprechen, daß es der Reichsregierung gelingen möge, die von verschiedenen auswärtigen Staaten geplanten Zollerhöhungen auf die Erzeugnisse ihrer Gewerbe zu verhindern, damit der Einführung solcher Zollerhöhungen große Schädigungen für diese blühenden Gewerbebezirke und für die deutsche Volkswirtschaft unaussprechlich seien.

Uindau, 4. Mai. Das „Uindauer Tageblatt“ meldet: Prinzessin Luise von Toskana wurde heute abend 9 Uhr von einer Tochter entbunden.

London, 5. Mai. Ein Telegramm aus Glasgow besagt, die Lage ist gespannt. Die Ausständigen bereiten sich für einen längeren Kampf vor.

St. Petersburg, 4. Mai. Zu Ehren des deutschen Gesandten in Peking, Frhrn. v. Mumm von Schwarzenstein, gab der Minister Graf Lamsdorff gestern ein Diner, zu dem der deutsche Vorkämpfer, Graf Alvensleben, der chinesische Gesandte, Hoo-Wei-Ten, und die Direktoren und die Räte des Ministeriums des Aeußern geladen waren. Der Finanzminister entsetzt in den nächsten Tagen eine Expedition unter Führung des Chinareisenden Gruchmatlow nach der Südmongolei, um sich über die Erzeugnisse des Landes und über den dortigen Handel zu unterrichten.

St. Petersburg, 4. Mai. Der Finanzminister eröffnete gestern den Kongress der Vertreter der Eisenindustrie mit einer Rede, aus der die feste Absicht der Regierung hervorgeht, die weiteste Anwendung des Eisens zu fördern. Eine Rückkehr zu früheren Preisen könne man jedoch nicht erwarten.

Buenos-Aires, 4. Mai. Die Vorkämpfer der heutigen Kongressöffnung sagt u. a.: Die Republik hat gegenwärtig keinerlei Mißverständnisse. Die Vorkämpfer hebt mit Genehmigung die Wiederherstellung des argentinischen Kredits auf den europäischen Märkten hervor. Es werden weiter die guten Beziehungen zu allen Staaten festgestellt und die Note erwähnt, welche Argentinien in der Venezuela-Angelegenheit an die Vereinigten Staaten sandte, und die nicht den Zweck hatte, um Schutz für die Republik nachzusuchen, sondern nur die Gefahr auseinanderzusetzen, welche für die amerikanischen Nationen in dem Grundschlag liegt, wonach Staaten für die Schulden verantwortlich gemacht werden, die Privatleute ohne Wissen des Staates kontrahieren. Die Einnahmen aus Post- und Telegraphie ergeben 1903 schätzungsweise 6 Millionen Piaster in Papier. Das Defizit, das 1902 auf 20 108 431 Papierpiaster ausgenommen wurde, ist gedeckt.

Caracas, 4. Mai. General Matos, der Führer der Aufständischen, ist in der letzten Nacht, von Curacao kommend, in der Nähe von Tucacas gelandet.

Peking, 5. Mai. Der russische Geschäftsträger Plancon hat eine Erklärung abgegeben, in der er in Abrede stellt, daß Rußland gegen die Integrität der Mandchurei gerichtete Pläne hege.

Wetter am Montag, den 4. Mai 1903.

Hamburg und Chemnitz Gewitter, Münster und Metz nachmittags Regen, Schweinmünde und Breslau ziemlich heiter. Neufahrwasser heiter, Münster trüb.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 5. Mai 1903, vormittags 7 Uhr.
Triest bedeckt 15 Grad, Nizza halbbedeckt 12 Grad, Florenz heiter 14 Grad, Rom wolkenlos 15 Grad.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydrog. vom 5. Mai 1903.

Die Luftdruckverteilung hat auch in den letzten 24 Stunden eine wesentliche Aenderung nicht erfahren. Ein barometrisches Maximum bedeckt den Norden Europas, ein flaches Minimum liegt vor dem Kanal und erstreckt eine Rinne niedrigen Druckes über die Nordsee hinweg bis nach Dänemark. Im Süden Deutschlands ist das Wetter kühl, trüb und regnerisch, im Norden dagegen vielfach heiter und warm. Weiteres Anhalten des herrschenden Witterungscharakters ist zu erwarten.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

